

Die Gesellschaft zusammenhalten

Von Arbeitszeit bis Vermögenssteuer, von Betriebsrat bis Wasserstoffzelle: Der Forschungsverbund Sozial-ökologische Transformation arbeitet an Antworten auf Zukunftsfragen.

Dass der Klimawandel aufgehalten werden muss, ist unumstritten. Technische Lösungen werden diskutiert. Doch die Transformation kann nur gelingen, wenn beim Umbau der Wirtschaft auch die gesellschaftliche Dimension berücksichtigt wird. Es gilt, Lasten gerecht zu verteilen und Mitsprache zu sichern. Kurz: „Die Transformation muss sozial sein“, so Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung und des Forschungsverbunds Sozial-ökologische Transformation, „damit der gesellschaftliche Zusammenhalt erhalten bleibt“. Ziel des Forschungsverbunds sei es, „notwendige Rahmenbedingungen für die anstehenden Veränderungen zu benennen, Einflüsse, Zusammenhänge und Folgewirkungen aufzudecken und Akteurinnen und Akteuren damit wichtige Grundlagen für Entscheidungen und Gestaltungsoptionen zu geben“. Praxisnah, aber wissenschaftlich fundiert.



MEHR HÖREN

Die sozial-ökologische Transformation – was ist das genau und wie kann sie gelingen? Christina Schildmann erläutert im Podcast, wie die Hans-Böckler-Stiftung die Erforschung des Themas fördert.
www.boeckler.de/de/podcasts-22421-forschungsprojekte-für-die-sozial-ökologische-transformation-42767.htm

In einem Teilprojekt geht es etwa um die Rolle von Betriebsräten in Innovationsprozessen: Wie gelingt ein nachhaltiger

Umbau der Produktion unter Einbeziehung – oder auf Anregung – der Beschäftigten? Es kommt aber nicht nur auf den betrieblichen, sondern auch auf den politischen Rahmen an – über die nationalen Grenzen hinaus. In einem anderen Forschungsprojekt geht es daher um die Frage, inwieweit das europäische Wirtschaftsrecht den Anforderungen der Transformation gerecht wird. Gewähren die auf freien Wettbewerb zugeschnittenen Europäischen Verträge der Politik genügend Spielraum, um gestaltend einzutreten, wo der Markt versagt?

Es geht um Technologie und die Anforderungen an Politik und Bildungssystem, die daraus erwachsen. Beispiel grüne Stahlproduktion: Welche Qualifikationen brauchen die Beschäftigten, welche Rahmenbedingungen muss die Industriepolitik schaffen? In einem weiteren Projekt steht die Rolle der Kommunen und der von ihnen verantworteten Daseinsvorsorge im Vordergrund, in einem anderen Finanzierungsfragen: „Vermögenssteuern in der sozial-ökologischen Transformation“.

Der Umbau zur weitgehend emissions- und ressourcenneutralen Wirtschaft lässt die Verteilung der Einkommen nicht unberührt. Deshalb eruiert ein anderes Forschungsteam unter dem Titel „Nachhaltigkeit und Verteilungsrechtheit“, wer Gewinner und Verlierer der Transformation sein werden, und erarbeitet Vorschläge zum sozialen Ausgleich. Veränderungen von Arbeitsweisen und Mobilität sowie deren Folgen für die Siedlungsstrukturen stehen im Fokus anderer Forschender. Dies ist nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtprogramm. <

PRAXIS „Transformation braucht Mitbestimmung“

Wie kann die Transformation gerecht gestaltet werden? Wissenschaft und Praxis zusammenbringen, dazu wird der „Hub: Transformation gestalten“ beitragen.

Die Herausforderungen in Sachen sozial-ökologische Transformation sind enorm – und es muss schnell gehen. Sehr vieles stehe gleichzeitig unter Veränderungsdruck, sagt Christian Hoßbach, Leiter der neuen Plattform zum Ideenaustausch, des „Hub: Transformation gestalten“ der Hans-Böckler-Stiftung. Der Hub soll Hoßbach zufolge den Wissenstransfer voranbringen: „den Austausch über gute Lösungen und neue Erkenntnisse beschleunigen, nach außen, aber auch nach innen mit den Instituten und Projekten der Stiftung“. Nach außen zielt die Arbeit des Hubs stark auf die Ebene von Bundesländern und Regionen. Dort soll er die Vernetzung mit gesellschaftlichen Institutionen vo-

rantreiben, die für die Transformation wichtig sind, zum Beispiel Arbeitsagenturen, Technologieberatungsstellen oder auch neu entstehenden „Transformationsräten“. Die „Begleitung der Transformation“ solle eben nicht auf der Stufe abstrakter Wissenschaft stehen bleiben, sondern auf die konkrete regionale und betrieb-

liche Ebene reichen, Forschung und Praxis miteinander verzähnen.

Bei den anstehenden Änderungen von Wirtschaft und Gesellschaft genüge es nicht, „auf Veränderungen zu reagieren“, sagt Hoßbach, „wir müssen uns früh in die Debatten einmischen, und zwar aus der Perspektive der Beschäftigten. Dafür braucht es geeignete Formate mit klaren Rechten, sonst hat die Demokratie hier einen riesigen blinden Fleck.“ Es gehe darum, einem „rein technischen Verständnis“ von Innovation entgegenzutreten. „Natürlich müssen wir den CO₂-Ausstoß massiv senken. Da setzen die Klimaziele harte Grenzen. Aber die sozialen Fragen müssen gleichrangig behandelt werden.“ <